



## SÜDASIEN

Asien ist der größte und bevölkerungsreichste Kontinent der Welt und für die EU von großer geostrategischer Bedeutung. Daher knüpft die EU als starker Wirtschaftsakteur und wichtiger Geber von Entwicklungs- und Nothilfe derzeit engere Beziehungen mit den Ländern in Südasien. Dabei sollen der Aufbau von Institutionen, die Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und die Menschenrechte gefördert werden. Zudem ist der EU die Sicherheit in der Region ein wichtiges Anliegen, unter anderem aufgrund des Konflikts in Kaschmir und der Lage in Afghanistan.

Gegenstand dieser Kurzdarstellung ist der südasiatische Raum. Weitere Kurzdarstellungen sind Ostasien ([5.6.8](#)) und Südostasien ([5.6.9](#)) gewidmet.

### RECHTSGRUNDLAGE

- Titel V (Auswärtiges Handeln der EU) des Vertrags über die Europäische Union (EUV);
- Artikel 206–207 (Handel) und Artikel 216–219 (Internationale Abkommen) des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV);
- Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) (bilaterale Beziehungen).

### SÜDASIATISCHE VEREINIGUNG FÜR REGIONALE ZUSAMMENARBEIT (SAARC)

Die EU setzt sich für regionale Integration ein und unterstützt die Südasiatische Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC), deren Mitgliedstaaten Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Indien, die Malediven, Nepal, Pakistan und Sri Lanka sind. Die EU, China, der Iran, Japan, Südkorea, Mauritius, Myanmar/Birma und die USA genießen in der SAARC Beobachterstatus.

Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den Ländern Südasiens umfasst finanzielle und technische Hilfe sowie wirtschaftliche Zusammenarbeit. Zu den Prioritäten gehören regionale Stabilität, Armutsbekämpfung, Menschenrechte, nachhaltige Entwicklung, verantwortungsvolle Staatsführung und Arbeitnehmerrechte. Ziele der Zusammenarbeit der EU und der SAARC sind die Förderung der Harmonisierung von Normen, die Erleichterung des Handels und die Sensibilisierung für die Vorteile einer regionalen Zusammenarbeit.

#### Indien



Mit der strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Indien werden der Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert. Die beiden Partner haben jeweils Regionen mit großen Unterschieden, was die Wirtschaftskraft, Sprache und Kultur angeht, sowie einen sehr großen Markt und eine geostrategische Lage, aus der sich sicherheitspolitische Anliegen ergeben.

Der Rat der Europäischen Union hat [am 10. Dezember 2018 Schlussfolgerungen angenommen](#), in der für die kommenden Jahre eine Vertiefung und Ausweitung der Zusammenarbeit mit Indien durch die Förderung von Frieden und Sicherheit angestrebt wird.

In Indien werden gerade politische und wirtschaftliche Reformen durchgeführt, wobei der Schwerpunkt auf der Modernisierung der Verwaltung, einer verantwortungsvollen Staatsführung, der Korruptionsbekämpfung und der Lösung sozialer Probleme liegt. Dazu gehören auch Demonetisierungs- und Transparenzprogramme, die Entwicklung der Wirtschaft mittels der Initiativen „Make in India“ und „Invest India“ sowie die Einführung einer landesweiten Steuer auf Waren und Dienstleistungen.

Mit dem auf dem Gipfeltreffen 2016 verabschiedeten Aktionsplan EU-Indien 2020 wurden Foren für außen- und sicherheitspolitische Konsultationen eingerichtet. Indien ist ebenso wie seine Nachbarländer Pakistan und China eine Atommacht und steht Sicherheitsproblemen, Terrorismus und bewaffneten Grenzkonflikten (insbesondere mit Pakistan in dem autonomen Bundesstaat Jammu und Kaschmir) gegenüber.

Am 14. Februar 2019 wurden bei einem Selbstmordattentat in Kaschmir mehr als 40 indische Soldaten getötet. Die von Pakistan aus operierende terroristische Vereinigung Jaish-e-Muhammed (JeM) bekannte sich zu dem Anschlag. Der daraufhin von Indien verübte Luftangriff, der als Reaktion auf den Anschlag folgte, führte zu der größten militärischen Konfrontation zwischen Indien und Pakistan während jahrzehntelanger militärischer Spannungen und Konflikte.

Im August 2019 hob die Regierung den Sonderstatus von Jammu und Kaschmir auf, was zu gewalttätigen Auseinandersetzungen führte, die die politische Stabilität in der Region beeinträchtigten. Bei der Parlamentswahl in Indien, die in sieben Phasen unterteilt war und über einen Zeitraum von fünf Wochen vom 11. April bis zum 19. Mai 2019 stattfand, waren mehr als 900 Millionen Menschen wahlberechtigt. Die hinduistisch-nationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) von Narendra Modi gewann 303 der 545 Sitze in der Lok Sabha und erzielte damit das beste Ergebnis in der Geschichte der Partei. Damit gewann sie gegen die Partei Indischer Nationalkongress (INC) von Rahul Gandhi und seine Verbündeten.

Am 21. Oktober 2019 fanden in den Bundesstaaten Maharashtra und Haryana Parlamentswahlen statt. In Maharashtra konnte die BJP in Allianz mit der Shiv Sena die absolute Mehrheit der Sitze erringen, während in Haryana keine Partei eine Mehrheit erzielte und die BJP nach wie vor 40 Sitze innehat. Die nächsten Wahlen werden von November bis Dezember 2019 im Bundesstaat Jharkhand stattfinden.

Indiens Kastensystem ist weltweit eine der ältesten Formen der Gliederung in Gesellschaftsschichten, was Anlass zur Besorgnis über anhaltende Diskriminierung aus Gründen der Kastenzugehörigkeit bietet. Darüber hinaus ist das Land ein



ethnischer und sprachlicher Flickenteppich mit Spannungen in einer Reihe von Bundesstaaten, und es gibt immer wieder Berichte über schwere Verstöße gegen die Menschen-, Frauen- und Kinderrechte.

Der Warenhandel zwischen der EU und Indien wurde auf 90 Mrd. EUR im Jahr 2018 geschätzt, wobei es einen deutlichen Überschuss in Höhe von rund 2 Mrd. EUR zugunsten Indiens gab. Die EU ist außerdem für Indien eine der wichtigsten Quellen von Investitionen mit einem Abfluss in Höhe von 76,7 Mrd. EUR und einem Zufluss in Höhe von 11 Mrd. EUR im Jahr 2017. Derzeit kommt das Land in den Genuss unilateraler Präferenzzölle gemäß dem Allgemeinen Präferenzsystem (APS) der EU, das unilaterale Handelspräferenzen mit der Achtung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte verknüpft.

## **Pakistan**

Die Beziehungen zwischen der EU und Pakistan reichen bis 1962 zurück und beruhen derzeit auf dem Kooperationsabkommen von 2004. Die EU unterstützt als wichtiger Geber von Entwicklungs- und Nothilfe die Förderung der Demokratie und den Aufbau von Institutionen in Pakistan. Die Menschenrechtslage, das Blasphemiegesetz und die militärischen Sondertribunale geben der EU Anlass zu großer Besorgnis.

Die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Provinzversammlungen im Juli 2018 fanden inmitten politischer Spannungen zwischen der damals regierenden „Pakistan Muslim League-Nawaz Sharif Group“ (PML-N) und der Opposition unter Führung der „Pakistan Tehreek-e-Insaf“ (PTI) statt, dem Wahlsieger. Die EU entsandte eine Wahlbeobachtungsmission unter der Leitung von Chefbeobachter Michael Gahler (PPE, Deutschland) mit zehn Wahlbeobachtern aus dem Europäischen Parlament dorthin.

Pakistan ist Schauplatz anhaltender politischer Turbulenzen, nachdem im Jahr 2016 Enthüllungen aus den Panama-Papieren veröffentlicht wurden, in denen der ehemalige Premierminister Nawaz Sharif der Korruption bezichtigt wird. Sharif musste daraufhin im Juli 2017 zurücktreten und wurde im Juli 2018 zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Die zwei größten Oppositionsparteien haben mit Korruptionsskandalen zu kämpfen. Gegen Shehbaz Sharif, Bruder von Nawaz Sharif und aktueller Vorsitzender der Pakistan Muslim League (PML), wird zurzeit wegen Korruptionsvorwürfen aus seiner Zeit als Regierungschef von Punjab ermittelt. Asif Ali Zardari, aktueller Vorsitzender der Pakistanischen Volkspartei (PPP) und ehemaliger Präsident, wurde im Juni 2019 aufgrund von Geldwäschevorwürfen verhaftet.

Die pakistanische Armee hat nach wie vor Einfluss auf die Innen- und Außenpolitik des Landes und verfügt über weitreichende Befugnisse in den Bereichen Sicherheit und Terrorismusbekämpfung, und gleichzeitig nehmen die Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften, terroristische Handlungen und die Unsicherheit immer weiter zu.

Nach der Unterzeichnung des EU-Pakistan Strategic Engagement Plan im Juni 2019 erhöhte die EU im August 2019 ihre Unterstützung für Pakistan mit einem mit vier Millionen EUR dotierten Terrorismusbekämpfungsprogramm. Durch die Entscheidung



Indiens, den Sonderstatus von Jammu und Kaschmir aufzuheben, haben sich die Beziehungen zu Indien allerdings verschlechtert.

Pakistan kommt in großem Maße in den Genuss der unilateralen Handelspräferenzen der EU im Rahmen von APS+ als Teil der Regelung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS), die dem Land seit 2014 wieder gewährt werden. Als Teil des Prozesses überwacht der Ausschuss des Europäischen Parlaments für internationalen Handel die Einhaltung der APS+-Anforderungen auf der Grundlage des zweijährlichen Bewertungsberichts der Kommission für Pakistan (2016-2017). Die EU ist (nach China) der zweitgrößte Handelspartner Pakistans mit einem bilateralen Gesamthandelsvolumen von 12,6 Mrd. EUR im Jahr 2018, wobei 35 % der Gesamtausfuhren des Landes in die EU gehen. Pakistans Handelsbilanzüberschuss mit der EU beträgt 1,2 Mrd. EUR.

Die EU leistet in großem Maße Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe für Pakistan. Die Ausgaben im Rahmen des Finanzierungsinstruments für die Entwicklungszusammenarbeit für den Zeitraum von 2014 bis 2020 belaufen sich auf 653 Mio. EUR.

### **Afghanistan**

Das Kooperationsabkommen EU-Afghanistan über Partnerschaft und Entwicklung (CAPD) wurde am 18. Februar 2017 unterzeichnet und am 13. März 2019 vom Europäischen Parlament angenommen.

Am 26. August 2018 einigten sich die EU und ihre Mitgliedstaaten auf einen EU-Länderfahrplan für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft in Afghanistan für den Zeitraum von 2018 bis 2020.

Die Taliban und seit neustem auch die Gruppierung des sogenannten Islamischen Staates (IS) stellen große Herausforderungen für die Sicherheit des Landes dar, weshalb Afghanistan zu zerfallen droht. Eine stärkere regionale Zusammenarbeit wäre ein wichtiger Faktor zur Unterstützung der nationalen und regionalen Stabilität. Die EU bemüht sich mit der nachdrücklichen Unterstützung des Europäischen Parlaments um einen Friedensprozess, der von den Afghanen in Eigenverantwortung betrieben und kontrolliert wird. Aus institutioneller Sicht waren die Parlamentswahl und die Wahl zu den Distrikträten am 20. Oktober 2018, die bereits 2015 hätten stattfinden sollen, und die seit der Wahl 2014 anstehende Verfassungsreform die größten Herausforderungen für Afghanistan.

Der größte Teil der Ausgaben der EU für Entwicklungshilfe in Asien geht an Afghanistan. Im derzeitigen EU-Haushalt wurden für den Zeitraum 2014-2020 insgesamt 1,4 Mrd. EUR für Afghanistan bereitgestellt. Bei etwa 20 % der Mittel handelt es sich um an Reformen gebundene, als Anreiz dienende Zahlungsmittel. Die internationale Gemeinschaft hat für den Zeitraum 2017-2020 insgesamt 13,6 Mrd. EUR zur Unterstützung von Frieden, Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung in Afghanistan zugesagt. Afghanistan kommt in den Genuss der „Alles-außer-Waffen“-Regelung (EBA), der vorteilhaftesten Handelsregelung der EU. Auf der Brüsseler Konferenz für Afghanistan im Oktober 2016 haben die EU und ihre Mitgliedstaaten, der größte internationale Geber Afghanistans, gemeinsam 5 Mrd. EUR zugesagt. Die EU kündigte bei der Ministerkonferenz, die im November 2018 in Genf stattfand,



an, 474 Mio. EUR für Reformen des öffentlichen Sektors und zur Unterstützung der Staatsbildung zu spenden.

Das EU-finanzierte Projekt zum Grenzmanagement in Nordafghanistan (BOMNAF) wurde am 7. September 2019 beendet. Die Einrichtung von sieben Grenzübergangsstellen im Land wurde von der EU bereits unterstützt.

Im Juni 2019 wurde der EU-finanzierte Mechanismus für die Friedensförderung in Afghanistan (EU APSM) gestartet. Im August 2019 stellte die EU-Vertretung in Afghanistan der Salam Afghanistan Media Organization eine Million EUR zur Verfügung, um die Bevölkerung stärker zu sensibilisieren und Transparenz bei den Wahlnachrichten und der Wahlberichterstattung zu gewährleisten.

Das Europäische Parlament äußerte sich zutiefst besorgt über die Zunahme der Aktivitäten von Aufständischen und die Übergriffe der Taliban auf Minderheiten wie den schiitischen Hazara.

Am 28. September 2019 fand die Präsidentschaftswahl statt. Das Endergebnis sollte eigentlich am 7. November 2019 verkündet werden, doch der Wahlkommission zufolge wird es zu Verzögerungen kommen. Am 22. Oktober 2019 fand in Brüssel ein Treffen der Vertreter der EU, der Vereinten Nationen, des Vereinigten Königreichs, der USA, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und Norwegens statt, die Afghanistan eindringlich um Transparenz hinsichtlich der Wahlergebnisse baten. Während des Präsidentschaftswahlkampfes kam es zu mehreren Angriffen durch die Taliban.

## **Bangladesch**

Die Beziehungen zwischen der EU und Bangladesch bestehen seit 1973. Das Kooperationsabkommen von 2001 umfasst die Themen Handel, Wirtschaftsentwicklung, Menschenrechte, verantwortungsvolle Staatsführung und Umwelt. Die dritten diplomatischen Konsultationen zwischen Bangladesch und der EU fanden am 19. Juli 2018 statt und hatten ein breites Spektrum politischer Fragen und Entwicklungen zum Thema:

Gemäß dem Mehrjahresrichtprogramm 2014-2020 hat die EU neue Hilfsmaßnahmen in Höhe von bis zu 690 Mio. EUR zugesagt. Dabei betonte sie, dass politische Reformen notwendig sind, um das Unternehmensumfeld zu verbessern und mehr Handel und Investitionen anzuziehen.

Im Juli 2019 startete die EU zwei Programme in Bangladesch, die auf Reformen der öffentlichen Finanzverwaltung und der nationalen sozialen Sicherungssysteme ausgerichtet sind.

Bangladesch ist eine parlamentarische Demokratie, in der sich zwei Parteien, die „Awami-Liga“ (AL) und die „Bangladesh Nationalist Party“ (BNP) an der Macht ablösen.

Dank einer dynamischen Privatwirtschaft und niedrigen Lohnkosten lag das Wirtschaftswachstum von Bangladesch 2018 bei 7,3 %, sodass es zu den wenigen Ländern gehört, das die Millenniums-Entwicklungsziele erreicht hat. Arbeitnehmerrechte und Arbeitsbedingungen sind jedoch in Bangladesch immer noch ein akutes Thema, was vor allem für die Industriegebiete mit Bekleidungsfabriken in der Umgebung von Dhaka gilt.



Bangladesch gehört zu den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) und kommt daher in den Genuss der „Alles-außer-Waffen“-Regelung (EBA), der vorteilhaftesten Handelsregelung im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der EU.

In der Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen vom 28. Februar 2019 gab Bangladesch bekannt, dass es seine Grenzen vor Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar/Birma schließen werde. Seit August 2017 sind mehr als 700 000 Angehörige der muslimischen Volksgruppe der Rohingya aus Myanmar/Birma geflohen und haben in Bangladesch Zuflucht vor Verfolgung gesucht. Im Oktober 2019 veröffentlichte Amnesty International eine Erklärung, in der Bangladesch zur Untersuchung der außergerichtlichen Hinrichtungen und des Verschwindenlassens von Rohingya-Flüchtlingen im ganzen Land aufgefordert wurde. Im August verweigerten sich Tausende Flüchtlinge aufgrund von Sicherheitsbedenken dem gemeinsamen Rückführungsversuch von Bangladesch, Myanmar/Birma und den Vereinten Nationen. Aufgrund überfüllter Flüchtlingslager plant Bangladesch die Umsiedlung Tausender Rohingya-Flüchtlinge auf eine Insel im Golf von Bengalen.

### **Sri Lanka**

Der Grundstein der Beziehungen zwischen der EU und Sri Lanka ist das Kooperationsabkommen von 1975, das 1995 durch das Kooperationsabkommen über Partnerschaft und Entwicklung der dritten Generation von 1995 ersetzt und hochgestuft wurde. Sri Lanka wurde im Mai 2017 die Präferenzbehandlung APS+ wieder gewährt, die als Anreiz für politische Reformen und die Einhaltung der internationalen Übereinkommen über die Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, Umweltschutz und verantwortungsvolle Staatsführung dienen soll. Nach der Gewährung des Zugangs zur EU für Sri Lankas Ausfuhren im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems Plus (APS+) der EU im Mai 2017 verfolgt das Europäische Parlament aufmerksam die Fortschritte des Landes bei der wirksamen Erfüllung der APS+-Kriterien. Die EU gewährte Sri Lanka in den vergangenen zehn Jahren Entwicklungshilfe in Höhe von 760 Mio. EUR. Die EU ist (nach Indien) der zweitgrößte Handelspartner Sri Lankas mit einem bilateralen Gesamthandelswert von rund 4,5 Mrd. EUR im Jahr 2018 und einer Handelsbilanz zugunsten des Landes in Höhe von 1,3 Mrd. EUR.

In Sri Lanka wütete von 1983 bis 2009 ein Bürgerkrieg zwischen der von Singhalesen dominierten Regierung und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE). Angesichts des militärischen Sieges der Armee setzte der damalige Präsident Mahinda Rajapaksa vorzeitig eine Präsidentschaftswahl im Januar 2015 an, wurde aber von Maithripala Sirisena von der „Sri Lanka Freedom Party“ (SLFP) geschlagen. Präsident Sirisena ernannte Ranil Wickremesinghe von der „United National Party“ (UNP) zum Premierminister. Nach der Parlamentswahl im August 2015 bildete die UNP eine Einheitsregierung mit der SLFP auf der Grundlage einer Agenda der verantwortungsvollen Staatsführung, nationalen Aussöhnung und Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft. Der Regierungswechsel hat zu einem starken Wirtschaftswachstum und einer verbesserten Zusammenarbeit mit der EU geführt. Am 14. Februar 2019 hielten die EU und Sri Lanka die 22. Sitzung des Gemischten Ausschusses in Brüssel ab.



Im Vorfeld der Präsidentschaftswahl am 16. November 2019 müssen die Menschenrechte Priorität haben. Das von ethnischen und religiösen Spannungen gesplante Sri Lanka hat bis zur Einhaltung internationaler Standards noch einen weiten Weg vor sich. Die anstehenden Wahlen könnten die Möglichkeit eröffnen, Themen wie Todesstrafe, Folter, Übergangsjustiz, Meinungsfreiheit, religiöser Extremismus oder Geschlechtergleichstellung anzusprechen.

Am Ostersonntag, dem 21. April 2019, wurden bei neun Bombenanschlägen in drei katholischen Kirchen und Hotels in Sri Lanka mehr als 250 Menschen getötet. Der sogenannte Islamische Staat bekannte sich zu den Anschlägen, doch die Regierung Sri Lankas beschuldigte auch Mitglieder der National Thowheed Jamath (NTJ), eine Splittergruppe der Sri Lanka Thowheed Jamath (SLTJ).

Am 30. August 2019 fand in Colombo eine Sitzung der Arbeitsgruppe des Gemischten Ausschusses EU-Sri Lanka für Governance, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte statt. Dort verpflichtete sich Sri Lanka zur Umsetzung internationaler Abkommen und wurde im Gegenzug wieder in die APS+-Regelung der EU aufgenommen. Diskutiert wurden die Fortschritte im Bereich Menschenrechte und Grundfreiheiten, Frauen- und Kinderrechte, Minderheitenrechte und die Abschaffung von Folter und Todesstrafe.

Im August 2019 stellte die Europäische Kommission Sri Lanka im Rahmen ihres Stabilitäts- und Friedensinstruments Finanzhilfen in Höhe von 8,5 Mio. EUR für die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, den Aufbau von Widerstandsfähigkeit in der Gemeinschaft und die Förderung von Frieden und Toleranz zur Verfügung.

## **Nepal**

Die Beziehungen zwischen der EU und Nepal reichen bis 1973 zurück und fußen auf dem Kooperationsabkommen von 1996. Da fast ein Viertel der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar pro Tag lebt, ist Nepals Staatshaushalt zu 25 % auf externe Hilfe angewiesen. Die Sitzung des 10. Gemeinsamen Ausschusses EU-Nepal fand am 28. Juni 2018 statt und zog eine Bilanz der Umsetzung der laufenden Zusammenarbeit.

Die Finanzierungsvereinbarung für den EU-Beitrag zur Landwirtschaft und der Entwicklung des ländlichen Raums (CARD) in Nepal in Höhe von 40 Mio. EUR wurde in der Sitzung unterzeichnet. Die EU ist einer der größten Geber von Entwicklungshilfe an Nepal und hat ihre Entwicklungshilfe für 2014–2020 auf 360 Mio. EUR verdreifacht. Die EU bekräftigte auch, wie wichtig es für Nepal ist, die von der EU im Rahmen der Regelung „Alles außer Waffen“ (EBA) gewährten Handelspräferenzen stärker zu nutzen, da sich der bilaterale Gesamthandelswert von Waren im Jahr 2018 auf 500 Mio. EUR belief. Am 8. November 2019 fand die Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-Nepal in Kathmandu statt. Es gibt im Land ein hohes Maß an Ungleichheit zwischen den oberen und unteren Kasten und den marginalisierten Gemeinschaften wie den Madhesi. China und Indien konkurrieren um Einfluss in dem Land.

Die Kommunistische Allianz (bestehend aus der Kommunistischen Partei Nepals – Vereinigte Marxisten-Leninisten (CPN-UML) und der Vereinigten Kommunistischen Partei Nepals – Maoistisch (CPN-MC)) siegte bei der Parlamentswahl im Dezember 2017 mit überwältigender Mehrheit gegen die Kongresspartei. Die Kommunistische



Allianz gewann auch die Kommunalwahl, die von Mai bis September 2017 in drei Phasen stattfand, nachdem sie von den Vertretern der Madhesi in Terai boykottiert worden waren.

## **Bhutan**

Seit Jahrhunderten von der Außenwelt isoliert, öffnet sich Bhutan langsam der Globalisierung und stärkt seine Wirtschaft, während es gleichzeitig seine alten Gebräuche bewahrt. Bhutan vollzog einen friedlichen Übergang zur parlamentarischen Demokratie im Rahmen der 2008 verabschiedeten Verfassung, mit der die Gewaltenteilung unter einer konstitutionellen Monarchie gewährleistet ist.

Im Rahmen des mehrjährigen Richtprogramms der EU für den Zeitraum 2014–2020 werden 49,3 Mio. EUR für Bhutan bereitgestellt. Die EU ist seit 1982 in Bhutan stark vertreten und setzt sich für die Armutsbekämpfung, die Förderung der Demokratisierung und der verantwortungsvollen Staatsführung sowie für eine nachhaltige Landwirtschaft und erneuerbare natürliche Ressourcen ein. Am 24. Mai 2018 wurde ein neues „Handelsunterstützungsprojekt EU-Bhutan“ gestartet, um die Wertschöpfung, die Marktverflechtungen und den Rechtsrahmen für Handel und Investitionen zu verbessern.

Das Europäische Parlament hat wiederholt die einzigartige Entwicklungsphilosophie Bhutans anerkannt, die mit der Öffnung für die Globalisierung eingeleitet wurde. Sie beruht auf dem Konzept des Bruttosozialglücks, das die Lebensqualität der Menschen statistisch misst und um einen Ausgleich zwischen dem geistigen und dem materiellen Fortschritt bemüht ist.

Im November 2019 fand die achte Zweijährliche Konsultation zwischen der EU und der Königlichen Regierung Bhutans statt, bei der die EU Bhutan darin bestärkte, die Menschenrechtskonventionen umzusetzen, die dem Land Zugang zur APS+-Regelung ermöglichen könnten.

## **Malediven**

Zwar gibt es bis heute kein formelles Kooperationsabkommen mit den Malediven, aber die EU leistet ländlichen Gemeinden sowie im Bereich Fremdenverkehr und bei der Anpassung an den Klimawandel Unterstützung. Am 16. Juli 2018 verabschiedete der Rat (Auswärtige Angelegenheiten) der EU einen Rahmen für gezielte restriktive Maßnahmen gegen Personen und Einrichtungen, die dafür verantwortlich sind, die Rechtsstaatlichkeit zu untergraben oder eine alle Gruppen einbeziehende politische Lösung auf den Malediven zu verhindern, oder denen schwere Menschenrechtsverletzungen angelastet werden.

Die Malediven sind stark vom Klimawandel bedroht und haben unter dem steigenden Meeresspiegel und Küstenerosion zu leiden, was eine erhebliche Bedrohung für die Überlebensfähigkeit des Landes darstellt. Das Land leidet außerdem unter einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, Bandenkriminalität und Drogenmissbrauch, und seit dem Sieg des Oppositionsführers Mohamed Solih bei der Präsidentschaftswahl im September 2018 gegen den bisherigen Amtsinhaber Abdulla Yameen Abdul Gayoom kommt es immer häufiger zu politischen und sozialen Unruhen.





Seit 2011 gehören die Malediven nicht mehr zu den am wenigsten entwickelten Ländern (LDC) nach den Kriterien der Vereinten Nationen und erreichten 2013 den Status von Ländern mit mittlerem Einkommen der oberen Einkommenskategorie. Die Wirtschaftsgrundlage sind hauptsächlich der Tourismus und die Fischerei. Die EU ist mit einem Anteil von 10 % am gesamten Warenhandel (2017) der vierwichtigste Handelspartner der Malediven.

Bei der Parlamentswahl im April 2019 gewann die Regierungskoalition – die Maledivische Demokratische Partei von Mohamed Solih – die Mehrheit der Sitze, während die Oppositionspartei einen Rückgang von 33 auf 5 Sitze verzeichnete.

Jorge Soutullo  
11/2019

